

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Finanzprobleme der deutschen Einheit unter Kontrolle

Nach Abschluß des ersten gesamtdeutschen Bundeshaushalts zeigt sich in aller Deutlichkeit: Die Bundesrepublik Deutschland hat die Finanzprobleme, die sich aus der deutschen Einheit ergeben, gut gelöst:

Die Nettokreditaufnahme des Bundes blieb 1991 mit 52,1 Milliarden Mark um 9,6 Milliarden Mark unter dem Ansatz im Haushaltsplan. Dies ist insbesondere auf Minderausgaben von 8,5 Milliarden Mark und Steuermehreinnahmen von 1,4 Milliarden Mark zurückzuführen.

Auch das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts dürfte mit 125 bis 130 Milliarden Mark — das sind rund 4½ v. H. des Bruttosozialprodukts — deutlich niedriger ausfallen als bisher erwartet.

Die Einschätzungen mancher Kritiker vom vergangenen Frühjahr, das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts 1991 könne 180 bis 200 Milliarden
(Fortsetzung auf Seite 2)

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: Eine Rente für ganz Deutschland. In einer einheitlichen Rentenversicherung kann es auf Dauer kein unterschiedliches Leistungsrecht geben. Seite 3 bis 7.

HEUTE AKTUELL

- **Neue Bundesländer**
Aufschwung Ost hat begonnen. Seite 8
Treuhandaanstalt sicherte fast eine Million Arbeitsplätze. Seite 11
- **Finanzen**
Steueränderungsgesetz: SPD unternimmt den Versuch einer breit angelegten Wählertäuschung. Seite 13
- **Asylrecht**
Durch Änderung des Grundgesetzes Asylrecht europatauglich machen. Seite 15
- **CDU Baden-Württemberg**
Erwin Teufel: Baden-Württemberg braucht eine starke CDU. Seite 22
- **CDU Rheinland-Pfalz**
Neubeginn mit Werner Langen. Seite 26

Generalsekretär Volker Rühle:

WDR macht sich unverhohlen zum Wahlhelfer für Engholm

Als eine „an Einseitigkeit und politischer Einflußnahme auf die Bevölkerung durch nichts mehr zu überbietende PR-Show für Björn Engholm“ hat Generalsekretär Volker Rühle die Sendung „Boulevard Bio“ des Westdeutschen Rundfunks vom 28. Januar bezeichnet.

„Herr Birolek und mit ihm der verantwortliche Sender haben sich einmal mehr zum Handlanger der SPD gemacht und den politischen Wettbewerb der Parteien im Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein, aber auch in der gesamten Bundesrepublik

damit wissentlich und willentlich verfälscht“, erklärte Volker Rühle. „Dies ist ein Mißbrauch des Informationsauftrages der öffentlich-rechtlichen Medien, den die CDU nicht hinnehmen wird.“

Im übrigen sei es bezeichnend, „daß sich gerade der Fernsehsender, der mit der Forderung nach Ausgewogenheit immer sehr schnell bei der Hand ist, so unverhohlen zum Wahlkampf helfer für den SPD-Spitzenkandidaten im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf macht“.

(Fortsetzung von Seite 1)

Mark erreichen, werden damit in eindrucksvoller Weise widerlegt.

Im Bundeshaushalt 1991 wurden gegenüber den veranschlagten Gesamtausgaben Einsparungen von 8,5 Milliarden Mark erwirtschaftet.

Wesentliche Veränderungen ergeben sich insbesondere bei folgenden Positionen:

	— Mrd. DM
Zinsen	— 2,9
Kreditabwicklungsfonds	— 2,1
Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit	— 1,3
Leistungen an die frühere UdSSR:	
Wohnungsbauprogramm	— 0,8
Gewährleistungen	— 0,8
Strukturhilfe	— 0,6
Arbeitslosenhilfe	— 0,5
Kindergeld	— 0,5

Das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost, das mit je 12 Milliarden Mark in den vergangenen Jahren 1991 und 1992 im Bundeshaushalt veranschlagt ist, war 1991 nicht nur von der Auftragsvergabe, sondern auch vom Mittelabfluß ein voller Erfolg. Bis zum Buchungsschluß am 31. Januar 1992 dürften die Ausgabenansätze zu 99 v. H. verausgabt sein. Nur eine Restgröße von 100 Millionen DM wird übrig bleiben.

Aus dem Ist-Ergebnis 1991 ergeben sich keine Handlungsspielräume für die Folgejahre:

Für 1992 hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages die Konsequenzen schon weitgehend gezogen, weil sich die Minderausgaben größtenteils schon im November 1991 abzeichneten (Kürzungen z. B. bei den Zinsen, bei der Arbeitslosenhilfe und beim Wohngeld). Zum Teil müssen Ausgaben, die 1991 nicht abgeflossen sind, 1992 nachgeholt werden. ■

Eine Rente für ganz Deutschland

Von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm

In der ehemaligen DDR stand die breite Masse der Rentnerinnen und Rentner im Abseits. Die Renten waren niedrig. Rentenerhöhungen waren in die Willkür der Machthaber gegeben. Hohe Renten gab es vor allem für Funktionäre, Militärs und Stasi-Spitzel. Sie hatten ihr Schäfchen ins Trockene gebracht.

Rentner: Gewinner der Wiedervereinigung

Die Verhandlungspartner des Einigungsvertrages waren sich deshalb einig, daß das bewährte lohn- und leistungsbezogene Rentensystem aus den alten Ländern so schnell wie möglich auch auf die neuen Länder übertragen werden sollte. So wurden die Rentner in den neuen Ländern die ersten Gewinner der Sozialunion und der Wiedervereinigung. Seit Juni 1990 sind die durchschnittlichen Versicherungsrenten einschließlich der freiwilligen Zusatzrente um fast 90 Prozent gestiegen. Berechnungen des Verbandes der Rentenversicherungsträger ergaben:

Vor dem Juli 1990 lag die Rente der Frauen im Durchschnitt bei 432 Mark (Ost). Heute beträgt sie bereits durchschnittlich 779 Mark. Nimmt man noch die verbesserten Witwenrenten hinzu, liegt der Durchschnitt sogar bei 937 Mark. Die Rente der Männer betrug vor der Sozialunion im Durchschnitt

572 Mark (Ost). Heute liegt sie bei 1.165 Mark.

Eine Rentenversicherung für ganz Deutschland

Während eine schnelle Verbesserung der Renten bei der Sozialunion im Vordergrund stand, mußte die wirkliche Renten-Vereinigung erst noch geleistet werden. Das ist im Konsens der großen Bundestags-Parteien und mit Zustimmung der neuen Bundesländer geschehen. Seit dem 1. Januar 1992 gilt nun das gleiche Rentenrecht in ganz Deutschland. Und es gibt eine Rentenversicherung mit einem umfassenden Finanzierungsverbund.

Welche Anstrengung hinter dieser Umstellung steht, wird erst richtig deutlich, wenn man sich noch einmal kurz die Unterschiede der Rentensysteme im früheren geteilten Deutschland vor Augen führt. In der DDR hatte die Rentenversicherung viele Elemente einer allgemeinen Grundversorgung. Es gab eine niedrige Mindestrente von 330 Mark, die so gut wie jeder bekam, aber keine leistungsgerechte Rente nach einem erfüllten Arbeitsleben. Selbst nach 45 Arbeitsjahren und Beiträgen zur freiwilligen Zusatzversicherung konnte eine Rente kaum über 600 Mark kommen. Daneben gab es eine Fülle von Zusatz- und Sondersystemen, teils wieder auf eigenen, sehr unterschiedlichen Beiträgen beruhend, teils

aber auch als staatliche Sonderleistung für bestimmte Personen- und Berufsgruppen.

Die Rente ist beitrags- und lohnbezogen

In der Bundesrepublik gab es demgegenüber schon immer eine sehr streng beitrags- und lohnbezogene Rente. Die Rente des einzelnen errechnet sich aus der Zahl seiner Beitragsjahre und der Höhe seiner versicherten Löhne. Daneben gibt es aber auch Elemente des sozialen Ausgleichs: Zeiten der Kindererziehung, der Ausbildung, der Krankheit oder Arbeitslosigkeit werden bei der Rentenbemessung berücksichtigt. Bei Invalidität wird eine höhere Rente gezahlt als die, die der eigenen Beitragsleistung entspricht, und es gibt eine ordentliche Hinterbliebenenrente. An diesem sozialen Ausgleich beteiligt sich auch der Staat. Der Bundeszuschuß beträgt rund 20 Prozent der Rentenausgaben, den Hauptteil von rund 80 Prozent tragen die Beitragszahler. Dieses System ist gerecht, und es hat sich bewährt. Es läßt für staatliche Willkür keinen Spielraum. Die Rente ist verlässlicher Alterslohn für Lebensleistung. Aber wie das so ist: Gerechtigkeit ist kompliziert. Den Rentnerinnen und Rentnern in den neuen Ländern mußten in sehr kurzer Zeit viele Veränderungen und neue Informationen zugemutet werden.

1. Januar 1992: Ein ganz wichtiger Stichtag

Hinzu kam, daß zum vergangenen 1. Januar zwei Dinge gleichzeitig geschahen:

- Fast vier Millionen Renten wurden auf das gesamtdeutsche Rentenrecht umgestellt.
- Die Renten wurden — entsprechend der aktuellen Nettolohn-Entwicklung der Arbeitnehmer in den neuen Ländern — um 11,65 Prozent erhöht.

Viele Rentnerinnen und Rentner hatten nur gelesen, daß es diese Rentenerhöhung gab, ohne zu bedenken, daß ja gleichzeitig auch die ganze Rentensystematik umgestellt wurde. Sie waren dann verwundert, daß sie in vielen Fällen mehr als 11,65 Prozent Erhöhung erhielten, aber in manchen Fällen auch weniger — oder in Einzelfällen sogar überhaupt keine Erhöhung. Gleichzeitig fiel der Sozialzuschlag oberhalb neu bestimmter Grenzen weg.

Leistungen, für die andere Träger zuständig sind

In der ehemaligen DDR waren mit der Rente auch Leistungen verbunden, für die im gegliederten Sozialsystem der Bundesrepublik andere Träger zuständig sind. Das gilt für den Kinderzuschlag, das Pflegegeld, Sonderpflegegeld und Blindengeld. Für das Kindergeld muß jetzt ein Antrag beim Arbeitsamt gestellt werden.

Leistungen bei Pflegebedürftigkeit gibt es in der Kranken- und Unfallversicherung oder bei der Sozialhilfe, wenn die Anspruchs-Voraussetzungen erfüllt sind. Die Betroffenen müssen sich also beim örtlichen Sozialamt oder bei ihrer Krankenversicherung erkundigen, ob sie Anspruch auf solche Leistungen haben.

Keine Rente wird gekürzt

Da die Rente in der ehemaligen DDR viele Elemente einer allgemeinen Grundversorgung enthielt, gab es in ihr auch noch andere Leistungen, die dem System der leistungsbezogenen Rente in der Bundesrepublik völlig fremd sind: etwa unabhängig von der eigenen Beitragsleistung gewährte Mindest- und Festbeträge. Bei der Umstellung auf das einheitliche Rentenrecht konnte es deshalb sein, daß im Einzelfall die neu berechnete Rente niedriger ausfiel als die bisher gezahlte Rente. Diese Lücke wurde dann durch einen sogenannten Auffüllbetrag geschlossen, damit der Grundsatz beachtet wurde: Keine Rente wird gekürzt. Dieser Auffüllbetrag, der im lohn- und beitragsbezogenen Rentensystem der Bundesrepublik an sich keinen Platz hat, wird dennoch aus Gründen des Vertrauensschutzes zunächst noch weitergezahlt und erst ab 1996 schrittweise abgeschmolzen. An den Rentenerhöhungen nimmt er aber nicht teil. Das ist für die Betroffenen sicher unerfreulich, aber es führt um der Gleichbehandlung willen kein Weg daran vorbei. Über die Jahre würde es sonst nämlich bei gleichem Berufsverlauf in Ost und West unterschiedlich hohe Renten geben.

Vom Sozialzuschlag zur Sozialhilfe

Der Sozialzuschlag ist bei der Rentenüberleitung ein besonders schwieriges Kapitel. Er ist im westdeutschen Rentenrecht völlig unbekannt. Wer dort eine niedrige Rente hat — aus welchen Gründen auch immer —, der kann die

staatlich finanzierte Sozialhilfe in Anspruch nehmen, wenn sein Familieneinkommen unter dem Existenzminimum liegt. Wohlgermerkt: Da es sich hier um eine staatlich finanzierte Fürsorgeleistung ohne eigene Vorleistung handelt, ist das gesamte Familieneinkommen heranzuziehen und selbstverständlich nicht nur die Rente, sondern auch andere Einkommen. Das wäre ja sonst ungerecht, wenn jemand, der nur wenig Beiträge bezahlt, aber nebenher sein Ersparnis in Mietwohnungen angelegt hätte, im Alter neben seiner kleinen Rente noch vom Steuerzahler einen Zuschlag erhalten würde.

Bei der Verwirklichung der Sozialunion war diese Sozialhilfe in den neuen Ländern noch gar nicht organisiert und eine Einkommensprüfung im Einzelfall auch noch gar nicht möglich. Deshalb wurden niedrige Renten durch einen Sozialzuschlag global auf 495 DM aufgestockt. Das war eine pauschalisierte Sozialhilfeleistung, die nach dem Einigungsvertrag spätestens am 30. Juni 1995 auslaufen sollte.

Bundestag und Bundesrat haben nun beschlossen, daß es den Sozialzuschlag noch bis Ende 1996 geben soll. Die Einkommensgrenzen wurden entsprechend der Preisentwicklung neu bestimmt: bei Alleinstehenden 600 DM, bei Ehepaaren 960 DM. Werden diese Einkommensgrenzen überschritten, wird der Sozialzuschlag ab 1. Januar 1992 grundsätzlich nicht mehr gezahlt. Ausnahmen von diesem Grundsatz gelten für Alleinstehende und Rentner-Ehepaare mit zwei Invalidenrenten. Für sie ist bestimmt, daß sich im Vergleich zum Dezember 1991 eine Minderung der Gesamtsumme von

Rente und Sozialzuschlag nicht ergeben darf. Rentner-Ehepaare, deren Gesamteinkommen unter 960 DM liegt, was ja nur in relativ wenigen Fällen zutreffen dürfte, können den Sozialzuschlag sofort bei dem Rentenversicherungsträger beantragen, von dem sie den Rentenbescheid erhalten.

Diese Regelung hat bei vielen Betroffenen Unverständnis ausgelöst. Sie hatten die Zusage, daß keine Rente gekürzt wird, irrtümlich auch auf den Sozialzuschlag übertragen. Dabei muß aber bedacht werden:

Die durchschnittlichen Versichertenrenten sind seit der Zeit vor der Sozialunion bereits um fast 90 Prozent gestiegen, und sie steigen in den neuen Ländern auch weiter schneller als in Westdeutschland.

Der Sozialzuschlag hatte nach seiner bisherigen Regelung auch innerhalb der neuen Länder zu Ungerechtigkeiten geführt. So erhielt ein Rentnerhepaar mit einem relativ hohen Gesamteinkommen einen Sonderzuschlag, weil die Frau nur eine Mindestrente hatte, während ein Rentnerhepaar, das möglicherweise von nur einer Rente von 700 DM leben mußte, keinen Sonderzuschlag erhielt.

Jeder kommt zu seinem Recht

Natürlich konnten jetzt bei der Erstellung von Millionen neuer Rentenbescheide, die unter großem Zeitdruck erfolgen mußte, auch Fehler passieren. Wer also Zweifel an der Richtigkeit seines Umwertungsbescheides hat, der kann Widerspruch einlegen, denn jeder

hat ein Recht auf Überprüfung, ob er richtig behandelt worden ist. Er braucht sich dabei aber nicht unter Handlungsdruck setzen zu lassen. Die Rentenversicherungsträger haben klar gestellt: Auch ein späterer Überprüfungsantrag führt zum Erfolg, wenn bei der Überprüfung tatsächlich ein Fehler festgestellt wird. Sind deshalb zu geringe Leistungen gezahlt worden, wird der Betrag bis zu vier Jahren rückwirkend nachgezahlt. Niemand muß also jetzt rein vorsorglich unter Zeitdruck einen Widerspruch einlegen, nur weil er befürchtet, sonst sein Recht zu verlieren.

Nichts geht verloren

In vielen Fällen konnte jetzt zum 1. Januar nur ein vorläufiger dynamischer Rentenbetrag ermittelt werden, weil den Versicherungsträgern genauere Versicherungs-Unterlagen fehlen. Das betrifft vor allem Rentner, die im Dezember 1991 eine Leistung aus einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem bezogen haben, aber auch Sozialversicherungs- und Witwenrenten. Alle diese Renten werden rückwirkend noch exakt ermittelt. Das geschieht automatisch durch die Versicherungsträger, es braucht dafür kein Antrag gestellt zu werden. Das braucht aber einige Zeit, denn hier müssen mehrere hunderttausend Versicherungsverläufe Fall für Fall nachgeprüft und -berechnet werden. Den Betroffenen geht dadurch aber nichts verloren. Ergibt die Neufeststellung eine höhere Rente, als sie bisher gezahlt wurde, so wird die zu wenig gezahlte Summe nachgezahlt. Ergibt sich bei der rückwirkenden Neufeststellung, daß zuviel

gezahlt wurde, wird dieser Betrag für die Vergangenheit nicht zurückgefordert.

Vertrauen in die Rente

Bei der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in West und Ost sind wir jetzt durch die Rentenüberleitung einen großen Schritt vorangekommen. Die dadurch erfolgten Verbesserungen haben allein 12 Milliarden DM gekostet. Unter dem Dach der Rentenversicherung fließt in diesem Jahr ein Solidaritätsstrom in Höhe von 19 Milliarden DM von West nach Ost. Das wird sich ändern, je mehr die Wirtschaft in den neuen Ländern in Schwung kommt und dadurch auch hier immer mehr Beiträge in die Rentenkassen fließen.

Gerade in dieser Übergangsphase, in der unsere westlichen Landsleute viel

Solidarität üben müssen, können aber auch in Ostdeutschland keine Leistungen gerechtfertigt werden, die es in Westdeutschland gar nicht gibt. In einer einheitlichen Rentenversicherung kann es auf Dauer kein unterschiedliches Leistungsrecht geben.

Die Rentnerinnen und Rentner in den jungen Ländern können darauf vertrauen: Bei ihrer neuen Rente gibt es keinen Spielraum mehr für Willkür. Sie beruht auf klaren rechtlichen Bestimmungen, die von allen großen Parteien, von den Ländern und auch von den Sozialpartnern getragen werden.

Die lohn- und beitragsbezogene Rente ist Alterslohn für Lebensleistung. Und sie wächst so, wie auch die Nettolöhne der Arbeitnehmer wachsen. Damit haben die Rentnerinnen und Rentner immer Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung. ■

Sechs Prozent mehr BAföG

Die Leistungen für Schüler und Studenten nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sollen vom kommenden Herbst an um durchschnittlich sechs Prozent angehoben werden.

Mit dieser Erhöhung der Fördersätze, die das Kabinett Anfang Januar beschlossen hat, wird den gestiegenen Lebenshaltungskosten seit Herbst 1990 Rechnung getragen.

In den alten Bundesländern steigt die Höchstförderung für Studierende, die nicht bei ihren Eltern wohnen, um 50 DM auf 940 DM. Bei den Eltern wohnende Studierende können maximal

710 DM erhalten, 40 DM mehr als bisher: Da die Lebenshaltungskosten in den neuen Ländern zur Zeit noch geringer sind als in den alten, werden auch die Bedarfssätze nur schrittweise an das Westniveau angeglichen. Nach der Entscheidung des Kabinetts soll der Grundbedarfssatz für Studierende an den ostdeutschen Hochschulen in zwei Stufen zunächst 1992 von 500 DM auf 540 DM und 1993 um 30 DM auf dann im Bundesgebiet einheitliche 570 DM angehoben werden.

Ein Studierender, der nicht mehr bei seinen Eltern wohnt, kann in den neuen Ländern ab Herbst 1992 bis zu 825 DM Förderung erhalten.

Aufschwung Ost hat begonnen

Der begonnene Aufschwung Ost spiegelt sich zunehmend auch in einer wachsenden Zuversicht der Bevölkerung wider: In einer Befragung durch das Institut für Demoskopie Allensbach berichteten 57 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung, daß es an ihrem Wohnort, in ihrer Gegend sichtbar aufwärts geht. Auch die Lage in den Betrieben wird deutlich günstiger eingestuft.

In wichtigen Bereichen sind positive Entwicklungen zu verzeichnen:

● Trendwende bei Produktionsentwicklung

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Nettoproduktion des verarbeitenden Gewerbes im 3. Quartal 1991 gegenüber dem 2. Quartal um 4,0 Prozent gestiegen.

Im September 1991 lag der arbeitstäglich bereinigte Zuwachs gegenüber dem Vormonat sogar bei 9 Prozent. Besonders deutlich fiel der Anstieg im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe aus.

Für 1992 erwartet der Sachverständigenrat einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um + 10 Prozent.

● Am Bau hat der Aufschwung begonnen

Die Bauaufträge lagen im Oktober 1991 trotz einer Stabilisierung im Herbst 88 Prozent über dem Vorjahresniveau. Kräftige Impulse sind dabei vom kommunalen Investitionsprogramm im Rahmen des Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost ausgegangen.

● Zuversicht wächst

Nach der jüngsten DIHT Herbstumfrage bei 3.600 Unternehmen in den neuen Bundesländern beurteilen 70 Prozent ihre wirtschaftliche Lage als gut (21 Prozent) oder befriedigend (49 Prozent). Fast die Hälfte aller Unternehmen erwartet für 1992 eine Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftssituation und ihrer Geschäftssituation. Nur 14 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung.

Auch nach dem Ifo-Konjunkturtest beurteilen die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ihre Geschäftslage vor allem Dank höherer Nachfrage seit August kontinuierlich besser.

● Beachtliches Privatisierungstempo

Die Treuhandanstalt privatisiert derzeit pro Tag durchschnittlich 20 Unternehmen. Bis Ende 1991 wurden nahezu 5.000

Stichworte zur wirtschaftlichen Lage und den Perspektiven in den neuen Bundesländern

gewerbliche Unternehmen an neue Eigentümer übertragen, die zugesagt haben, in den nächsten Jahren mehr als 100 Milliarden Mark zu investieren. Damit sind fast 900.000 Arbeitsplätze zusammen verbunden. Auch im Ausland nimmt das Interesse zu. Inzwischen sind 210 Unternehmen an 142 ausländische Investoren verkauft worden.

Mehr als zwei Drittel der Unternehmen wurden an mittelständische Investoren veräußert.

● **Aufbau eines dynamischen Mittelstandes kommt voran**

Dies belegen nicht nur über eine halbe Million Gewerbeanmeldungen seit Anfang 1990, sondern auch die verstärkte Inanspruchnahme der bereitgestellten Förderinstrumente (Stand Mitte November): Im Eigenkapitalhilfeprogramm gibt es fast 54.400 Zusagen mit einem Volumen von 3,4 Milliarden Mark, rd. 131.000 ERP-Kredite sind mit insgesamt 14,5 Milliarden Mark zugesagt, im Kommunal-kreditprogramm belaufen sich die fast 5.400 Zusagen auf 11,1 Milliarden Mark; aus dem Wohnraum-Modernisierungsprogramm sind 6,8 Milliarden Mark zugesagt.

Alein im Handwerk hat sich die Zahl der Betriebe nach Angaben des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks bis heute auf rd. 150.000 nahezu verdoppelt, wobei der Zahl der Beschäftigten um mehr als 25 Prozent auf über 600.000 gestiegen ist. Seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hat sich die Zahl der selbständigen Rechtsanwälte nahezu verdreifacht und die der steuerlichen Berater sogar verachtfacht.

● **Neue Unternehmen schaffen Arbeitsplätze**

Zwischen März und Juli 1991 wurden nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit über 250.000 Beschäftigungsverhältnisse in Unternehmen eingegangen, die nach November 1989 gegründet waren. Nach Untersuchungen der großen Forschungsinstitute entstehen je Gewer-beneugründung innerhalb von zwei Jahren acht Arbeitsplätze.

● **Ost-West Verflechtung steigt**

Nach einer BDI-Umfrage beziehen 43,5 Prozent der befragten Unternehmen Vorprodukte aus den neuen Bundesländern. Für 1992 planen 51,5 Prozent der Unter-

nehmen, den Bezug von Waren aus den neuen Bundesländern zu verstärken.

● **Aufschwung im Handel**

Nach einer Umfrage von Creditreform wird die Geschäftslage im ostdeutschen Handel überwiegend als günstig eingestuft. 28 Prozent der befragten Unternehmen erzielen bereits Umsatzzuwächse gegenüber Jahresbeginn. Die meisten Betriebe planen Erweiterungsinvestitionen. Insbesondere im Lebensmitteleinzelhandel werden wieder verstärkt ostdeutsche Produkte nachgefragt.

● **Förderung moderner Fertigungstechnik**

Das Bundesforschungsministerium hat Einführungshilfen für rechnergestützte Produktion in Höhe von 100 Millionen Mark bereitgestellt. Fünf Transferstellen für CIM (Computer Integrated Manufacturing), also computergesteuerte Fertigung, sind bereits in Chemnitz, Dresden, Magdeburg, Suhl und Wismar entstanden. Gefördert werden ganz überwiegend kleine und mittelständische Betriebe.

Massive Entlastung des Arbeitsmarktes durch erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik. Der massive Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente — vor allem von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (900.000) und beruflicher Weiterbildung (über 800.000 Eintritte seit Jahresbeginn) — entlastete den Arbeitsmarkt 1991 um durchschnittlich 1,8 Millionen Personen.

● **Lehrstellenoffensive erfolgreich**

Ende September waren in den neuen Bundesländern und Berlin noch 6.700 Ausbildungsplätze unbesetzt. Lediglich 2.400 von 145.700 Bewerbern konnten bisher nicht vermittelt werden.

● **Investitionswelle gewinnt an Schwung**

Der Sachverständigenrat rechnet für 1992 mit Investitionen aus privaten und öffent-

73 Ortsumgehungen vorab in den neuen Ländern

Zu vorzeitigen Planungsaufträgen für Ortsumgehungen in den neuen Ländern erklärte der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Horst Gbntner:

Im Vorgriff auf die abschließende Fertigstellung des Bundesverkehrswegeplans gibt das Bundesbauministerium für Verkehr den Startschuß für Planung und Bau von 73 ausgewählten Ortsumgehungen, deren Dringlichkeit

bereits unumstritten feststeht. Ähnlich wie bei den Verkehrsprojekten „Deutsche Einheit“ wird damit der Aufschwung Ost im Verkehrswegebau beschleunigt.

Trotz törichter Ablehnung des Beschleunigungsgesetzes durch die Ampelkoalition von Brandenburg läßt die Bundesregierung die Menschen dort nicht im Stich: Auch für Brandenburg gibt es den vorfristigen Startschuß für 10 Ortsumgehungen.

lichen Mitteln in der Höhe von 87 Milliarden Mark. Das entspricht einer realen Zunahme von 25 Prozent gegenüber 1991. Nach der Investitionsumfrage des Münchener Ifo-Instituts planen westdeutsche Unternehmen in diesem Jahr in den neuen Bundesländern Investitionen in Höhe von fast 25 Milliarden Mark. Im nächsten Jahr wollen sie 28 Milliarden Mark investieren. Dynamisch entwickeln sich die Investitionen in den Bereichen Nachrichtenübermittlung, Banken, Versicherungen, Handel, Straßenverkehr sowie im Baugewerbe. Insgesamt kommt das Ifo-Institut zu dem Schluß: „Auf mittlere Sicht ist eine deutliche Aufwärtsentwicklung der Unternehmensinvestitionen in den neuen Bundesländern zu erwarten.“

Nach Berechnungen der großen Forschungsinstitute ist die reale staatliche Investitionstätigkeit je Einwohner in den neuen Bundesländern schon jetzt höher als in den alten Ländern. Dies ist eine Folge der hohen öffentlichen Netto-Finanztransfers (1991: 105 Milliarden Mark; 1992: 125 Milliarden Mark).

Die Deutsche Bundespost TELEKOM

investierte 1991 in den neuen Bundesländern 7 Milliarden Mark in den Aufbau des Telekommunikationsnetzes. Für 1992 steigen die Investitionen der TELEKOM auf 9 Milliarden Mark. Damit werden mindestens 600.000 Telefonanschlüsse neu eingerichtet, vorrangig bei Geschäftskunden, mehr Datenleitungen verfügbar gemacht und die Qualität der Übertragung durch Einsatz modernster Technik verbessert.

Für 1992 rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin) mit einem Anstieg der Realeinkommen der privaten Haushalte um + 10 Prozent (gegenüber + 2 Prozent in den alten Bundesländern).

Von der massiven staatlichen Förderung des Aufschwungs in den neuen Bundesländern gehen erhebliche Wachstumsimpulse für die westdeutsche Wirtschaft aus. Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank ist mehr als die Hälfte (2½ Prozent-Punkte) der Zunahme des realen Bruttosozialproduktes im ersten Halbjahr 1991 (4½ Prozent) auf die Nachfrage aus den neuen Bundesländern zurückzuführen.

Die Treuhandanstalt sicherte fast eine Million Arbeitsplätze

Die Debatte über die Arbeit der Treuhandanstalt ist eine Scheindebatte. Privatisierung und Sanierung sind kein Gegensatz, sondern zwei Seiten derselben Medaille.

Die Treuhandanstalt hat die schwierige Aufgabe zu lösen, die Überführung einer 40jährigen sozialistischen Mißwirtschaft in eine Soziale Marktwirtschaft zu bewerkstelligen. Natürlich war jedem klar, daß dies nicht in kurzer Zeit zu schaffen ist und auch nicht ohne Härten ablaufen wird. Natürlich steht die Treuhandanstalt im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Denn sie entscheidet über die Zukunft von Tausenden von Unternehmen und damit über Arbeitsplätze und Menschen.

„Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen“, so hat der ermordete frühere Präsident Detlev Rohwedder zutreffend die Aufgaben der Treuhandanstalt zusammengefaßt. Die bisherige Arbeit der Treuhand ist positiv, wie die Bilanz bis Ende 1991 beweist:

- Bis Ende Dezember 1991 sind über 5.000 Betriebe in Privateigentum überführt.
- Hierdurch wurde ein Investitionsvolumen von rund 115 Milliarden Mark bewirkt.
- Die Privatisierungserlöse beliefen sich auf 20 Milliarden Mark.
- Fast eine Million Arbeitsplätze sind vertraglich gesichert worden.

Bei der Kritik an der Arbeit der Treuhandanstalt wird immer wieder übersehen, daß erhebliche Anstrengungen zur Sanierung von Unternehmen vorgenom-

men wurden und werden. Im Besitz der Treuhandanstalt befinden sich noch rund 6.200 Betriebe, von denen etwa 70 Prozent als sanierungsfähig angesehen werden. In engem Kontakt mit allen Beteiligten unterstützt und fördert die Treuhand die Sanierung sanierungswürdiger Unternehmen, wobei gesamtwirtschaftliche, soziale und regionale Aspekte berücksichtigt werden.

Allein bis Ende 1992 werden für die Sanierung rund 50 Milliarden Mark aufgewendet. Diese Hilfen müssen für zukunftsorientierte Investitionen und Arbeitsplätze eingesetzt werden und dürfen nicht der Zementierung überkommener und nicht marktfähiger Strukturen dienen.

Staatliche Eingriffe gegen die Gesetze des Marktes darf es nicht geben.

Jochen Borchert, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Treuhandanstalt selbst und die Politik müssen ihre Arbeiten und Lösungsmöglichkeiten ständig überprüfen. Dies heißt aber nicht, daß die begonnene Privatisierung von Unternehmen in den jungen Bundesländern nicht zügig fortgesetzt werden muß. Nötig ist ein guter Wirtschaftsstandort in Ostdeutschland. Den Gesetzen des Marktes entgegenlaufende staatliche Eingriffe darf es nicht geben. Daher muß es bei der zitierten prägnanten Aufgabenbeschreibung von Rohwedder auch für die Zukunft bleiben: „Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen.“ ■

40 000 hochwertige Weiterbildungsplätze in den neuen Bundesländern

40.000 hochwertige Weiterbildungsplätze in 269 Modell-Einrichtungen sind seit 1990 in den neuen Bundesländern durch ein Förderprogramm des Bundesarbeitsministeriums entstanden. Dafür wurden bisher insgesamt 420 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm wertete dieses Ergebnis als ein Signal: Das Engagement der Beteiligten sei „beispielhaft für Handeln statt Reden“. Blüm weiter:

Qualifizierung und Weiterbildung ist der Schlüssel für die berufliche Zukunft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern. Eine gut ausgebildete Arbeitnehmerschaft ist für den Wirtschafts- und Industriestandort Ostdeutschland von unschätzbbarer Bedeu-

tung, denn sie ist eine Voraussetzung für die dringend notwendigen privaten Investitionen in den neuen Ländern.

Blüm wies darauf hin, daß in der Anfangsphase der Schwerpunkt in den Bildungseinrichtungen beim kaufmännischen Qualifikationsangebot gelegen habe, während 1991 Qualifizierungsmaßnahmen für gewerblich-technische Berufe in den Vordergrund getreten seien, etwa in den Bereichen Elektronik, CAD, Informatik, Maschinenbau. Vertreten seien aber auch Berufsrichtungen in den Bereichen Touristik, Hotel und Umwelt.

Blüm: „Die geförderten Bildungseinrichtungen sollen in den neuen Ländern Maßstäbe setzen. Die Arbeitnehmer sollen in Einrichtungen geschult werden, die dem im Westen üblichen Qualitätsstandard nicht nachstehen.“

Fortbildungsseminare für den Mittelstand

Mit 2,8 Millionen Mark fördert die EG-Kommission die Fortbildung von Leitern kleiner und mittlerer Unternehmen und von Unternehmensgründern in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Mit dem Informationsprogramm soll der Mittelstand auf den Binnenmarkt vorbereitet werden.

Innerhalb des ersten Halbjahres 1992 sollen über 50 Seminare und Konferenzen zu Fragen der EG und des Binnenmarktes sowie Managementkurse durch Unternehmensberater und Einrichtungen der Wirtschaft durchge-

führt werden. Mehrere der Veranstaltungen zielen auch auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit und engere Kooperation mit Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. Für besondere Zielgruppen „Handwerksunternehmen“ sowie für den Bereich „Forschung und Technologie“ sind spezielle Informationsveranstaltungen vorgesehen.

Nähere Informationen: bei der EG-Vertretung in Berlin, Frau Bettina Knape, Kurfürstendamm 102, 1000 Berlin 31.

Steueränderungsgesetz

SPD unternimmt den Versuch einer breit angelegten Wählertäuschung

Die SPD hat nichts dazu gelernt. Ständig fordert sie neue Leistungen, ohne seriöse Wege der Finanzierung aufzuzeigen.

Aktuelles Beispiel: Die SPD blockiert das Steueränderungsgesetz, das die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 14 auf 15 Prozentpunkte, aber auch erhebliche zusätzliche Leistungen des Bundes vorsieht, die selbst von der SPD befürwortet werden, z. B.

- Verbesserungen des Familienlastenausgleichs: 6,7 Milliarden Mark,
- steuerliche Förderung selbstgenutzten Wohnungseigentums: 700 Millionen Mark,
- Verbesserung der Finanzausstattung der neuen Länder: 3,5 Milliarden Mark.

Diese für die Familien und die neuen Bundesländer wichtigen Maßnahmen konnten aber immer noch nicht in Kraft treten, weil die SPD-Mehrheit im Bundesrat eine solide Finanzierung verweigert. „Leistungen ja“, „Finanzierung nein“: Mit dieser altbekannten Politik ungedeckter Schecks will sie ihr rampo- niertes Ansehen im Vorfeld zweier wichtiger Landtagswahlen aufpolieren. Finanz- und staatspolitische Verantwortung bleiben dabei auf der Strecke.

Die CDU will dagegen die dauerhaften Verbesserungen in der Familien- und Wohnungsbaupolitik auf ein solides Finanzierungsfundament stellen. Deshalb sagen wir: Seriös geht es nur mit der Mehrwertsteuer. Die von der SPD beabsichtigte Auflösung des Pakets ist finanzpolitisch unverantwortbar.

Weil eine Ausweitung der Kreditaufnahme nicht in Frage kommt, brauchen wir die Mehrwertsteuererhöhung. Sie ist sozialpolitisch vertretbar, weil wir den ermäßigten Umsatzsteuersatz auf Güter des täglichen Bedarfs unverändert lassen. Im übrigen: Wohnungsmieten sind gar nicht betroffen; sie sind generell nicht mehrwertsteuerpflichtig! Auch europapolitisch ist die Anhebung der Mehrwertsteuer geboten, weil sie im Zuge der Harmonisierung der europäischen Umsatzsteuern ohnehin kommen würde.

Der SPD-Vorschlag, den Solidaritätszuschlag zu verlängern, ist mit der CDU nicht zu machen und wirtschaftspolitisch völlig unsinnig, weil die Ergänzungsabgabe gerade die Investoren und Leistungsträger zusätzlich belasten würde. Dies hat mittlerweile selbst Oskar Lafontaine eingeräumt.

Die Ministerpräsidenten Schröder und Stolpe haben bereits erkennen lassen, daß mit ihrer Zustimmung zur Mehrwertsteuererhöhung zu rechnen ist. Warum also dieser unsolide Konfrontationskurs der Bonner SPD-Spitzen? Es gibt nur eine Antwort: Mit berechnender Rücksicht auf die anstehenden Landtagswahltermine verschweigen Engholm, Spöri und Genossen, daß in Reihen der SPD-Länder-Finanzminister längst klammheimlich mit den Geldern aus der Mehrwertsteuererhöhung gerechnet wird.

Dies ist der Versuch einer breit angelegten Wählertäuschung! Wieder wird deutlich, daß die SPD bei wichtigen Entscheidungen nur im eigenen Interesse handelt.

Schengener Abkommen

Querschuß aus der SPD-Fraktion

Zu den Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans Ulrich Klose, die SPD werde die Ratifizierung des Schengener Abkommens vorerst ablehnen, erklärte Bundesinnenminister Rudolf Seiters:

Der Wegfall der Personenkontrollen an den Binnengrenzen ist erklärtes Ziel der Schengener Vertragsstaaten. Dies soll den im Schengener Raum lebenden Bürgern Freizügigkeit bei der Einreise oder Durchreise in diese Staaten eröffnen. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat deshalb ein besonderes Interesse an der Ratifizierung des Schengener Abkommens.

Um Sicherheitsdefizite auszuschließen, sind umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen vor allem im polizeilichen und justiziellen Bereich vorgesehen. Im Bereich Asyl wird dagegen nur eine Regelung hinsichtlich der Zuständigkeit für die Durchführung eines Asylverfahrens getroffen. Jedem Asylsuchenden wird ein faires Verfahren unter Berücksichtigung der Genfer Konvention garantiert. Verfahren in verschiedenen Staaten sollen nach Möglichkeit unter Berücksichtigung der nationalen Verfassungslage der Mitgliedstaaten ausgeschlossen werden.

Entgegen der Meinung des SPD-Fraktionschefs setzt die Ratifizierung des Schengener Zusatzabkommens nicht die Harmonisierung des Asylrechts und des Asylverfahrensrechts voraus. Die Harmonisierung bildet vielmehr einen Schwerpunkt der europäischen Politik im Rahmen der Gemeinschaftsstaaten. Das hat der Gipfel von Maastricht eindeutig herausgestellt.

Mit seinen Äußerungen schadet Klose nicht nur dem gemeinsamen Konsens der europäischen Partner, er löst sich auch von der Zusage der SPD-Fraktion, die das Schengener Übereinkommen als einen bedeutenden Fortschritt für eine europäische Einigung begrüßt hat, und er stört damit nachhaltig die Harmonisierungsbestrebungen in Europa. Würde die Bundesrepublik Deutschland das Schengener Übereinkommen nicht ratifizieren,

SPD sabotiert Schengen

Die SPD ist augenscheinlich bereit, die Ratifizierung des Schengener Vertrags zu torpedieren, der die Vorstufe für ein Europa ohne Grenzen ist. Dahinter verbirgt sich das Eingeständnis der Sozialdemokraten, daß Deutschland nur dann mit allen Rechten und Pflichten dem Schengener Vertrag beitreten kann, wenn zuvor das deutsche Asylgrundrecht angepaßt wurde.

Weil sie das nicht wollen, stellen sie die kleine europäische Grenzöffnung in Frage, als handle es sich um einen Fetzen Papier.

Die Welt

würde ein nicht wieder gut zu machender Schaden auf dem Feld der europäischen Einigung eintreten.

Offensichtlich gibt sich Klose der Illusion hin, daß die anderen EG-Mitgliedstaaten bereit sein könnten, ein unserem Standard entsprechendes Asylrecht mitzutragen. Daß dies nicht der Fall ist, hat sich bereits bei einer Umfrage der EG-Kommission im vergangenen Jahr gezeigt. ■

Durch Änderung des Grundgesetzes Asylrecht europatauglich machen

Von allen Asylbewerbern, die nach Europa kommen, stellen 60 Prozent ihren Antrag in Deutschland; die übrigen 40 Prozent verteilen sich auf die anderen europäischen Staaten.

Deutschland kann die Herausforderungen durch Flucht und Migration nicht allein bewältigen. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft und die anderen westlichen Demokratien müssen sich zusammenschließen, gemeinsam die Probleme angehen und die Lasten gerecht verteilen.

Dieses Ziel soll z.B. durch das Schengener Abkommen erreicht werden. Es sieht vor, daß Asylbewerber ihre Anerkennungsverfahren in dem EG-Staat durchführen lassen müssen, in dem sie zuerst Schutz vor Verfolgung gefunden haben. Die Entscheidung der Behörden dieses Staates soll künftig rechtsverbindlich für die ganze Europäische Gemeinschaft sein.

Ein solches Verfahren ist sinnvoll, weil dadurch die mit den Asylverfahren verbundenen Belastungen gerechter verteilt und mehrere Verfahren in der gleichen Sache verhindert werden. Ein Asylbewerber, der in Frankreich oder Italien rechtskräftig abgelehnt worden ist, soll künftig in keinem anderen EG-Staat einen neuen Asylantrag stellen können.

Diese dringend notwendige Harmonisierung des Asylrechts in Europa läßt unser Grundgesetz gegenwärtig nicht zu. Deutschland könnte die Regelungen des Schengener Abkommens gar nicht voll anwenden. Beispiel: Ein Libyer, der mit italienischem Visum in Frankreich Asyl beantragt, könnte zwar von dort nach Ita-

lien abgeschoben werden. Dem gleichen Libyer müßte aber in Deutschland die Möglichkeit gegeben werden, den Antrag auf Asyl in einem unter Umständen zeit- aufwendigen Verfahren prüfen zu lassen.

Das Grundgesetz muß so geändert werden, daß in ganz Europa ein einheitliches Asylrecht angewandt werden kann. Deshalb wird die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag am 20. Februar 1992 einen Antrag auf Änderung des Grundgesetzes einbringen.

Mit dieser Änderung soll erreicht werden:

- Asylbewerber aus Ländern, in denen keine Verfolgung stattfindet, sollen ohne vorläufiges Bleiberecht abgewiesen werden können.
- Asylbewerber, die bereits in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung gefunden haben, sollen ebenfalls zurückgewiesen werden können.
- Asylbewerber, deren Anträge bereits in einem anderen EG-Staat rechtsverbindlich abgelehnt worden sind, müssen ebenso bereits an der Grenze zurückgewiesen werden können.

In einem Europa der offenen Grenzen müssen Asylrecht und Asylpraxis der Mitgliedstaaten harmonisiert und in das deutsche Recht übernommen werden.

Die CDU ist dazu bereit. Notwendig ist allerdings eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Deutschen Bundestag. Die SPD wird erklären müssen, ob sie ein einheitliches europäisches Asylrecht befürwortet und die notwendige Änderung des Grundge-

Asylverfahrensgesetz

Die vereinbarten Beschleunigungseffekte rasch zur Wirkung bringen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 23. Januar folgenden Beschluß gefaßt:

- Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion drängt darauf, daß die Beratungen zu einem neuen Asylverfahrensgesetz auf der Basis des vom Bundesinnenminister Seiders vorgelegten Arbeitsentwurfes umgehend abgeschlossen werden, damit der Entwurf im Deutschen Bundestag möglichst bald eingebracht, beraten und verabschiedet werden kann. Nur so können die am 10. Oktober 1991 bei Bundeskanzler Helmut Kohl vereinbarten Beschleunigungseffekte rasch zur Wirkung kommen.
- Die CDU/CSU-Fraktion will, daß die Bundesrepublik Deutschland

gleichberechtigt und vorbehaltlos an den asylrechtlichen europäischen Regelungen (Schengener und Dubliner Abkommen) teilnehmen kann. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die entsprechenden Ratifizierungsgesetze dem Deutschen Bundestag möglichst umgehend zuzuleiten, damit sie dort zügig beraten und verabschiedet werden können.

- In Verbindung mit der Ratifizierung des Zusatzabkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen wird die CDU/CSU-Fraktion unter Beachtung der Genfer Flüchtlingskonvention einen Antrag zur Ergänzung des Grundgesetzes einbringen.

setzes mitträgt. Bis heute hat die SPD nicht erkennen lassen, daß sie an einer sachlichen Lösung interessiert ist. SPD-Fraktionsvorsitzender Klose hat im Gegenteil vorgeschlagen, die Ratifizierung des Schengener Abkommens erst einmal zu verschieben. Auch die vereinbarte Beschleunigung der Asylverfahren droht am Widerstand des SPD-Ministerpräsidenten Schröder zu scheitern, der Rücksicht auf seine grünen Bündnispartner zu nehmen hat.

Die CDU handelt: Wir bringen den Antrag auf Änderung des Grundgesetzes ein. Jetzt darf sich die SPD nicht verweigern! ■

Personalie

Die Europäische Volkspartei im Europaparlament hat den ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten **Leo Tindemans** zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Der 1922 in Zwijndrecht geborene Politiker wurde Nachfolger von Egon Klepsch, der zum Präsidenten des Europaparlaments gewählt wurde. Die 128 Mitglieder der EVP, der zweitgrößten Fraktion nach den Sozialisten, sprachen sich im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit für Tindemans aus.

Europaparlament vor wichtigen Entscheidungen

1992 werden nach Aussage des stellvertretenden Vorsitzenden der EVP-Fraktion, Bernhard Sälzer, wichtige Entscheidungen vom Europäischen Parlament zu treffen sein. Die stärkere Stellung des Parlamentes ab 1993 macht eine bessere Anpassung der Anzahl der Abgeordneten an die Einwohnerzahl der Mitgliedstaaten erforderlich.

Für Deutschland geht es dabei um eine Erhöhung der Anzahl der Abgeordneten durch die neuen Bundesländer; mindestens 18 zusätzliche Mandate sind erforderlich.

Die derzeitige Finanzverfassung der Europäischen Gemeinschaft läuft Ende 1992 aus. Das Europäische Parlament, die Kommission und der Ministerrat müssen sich daher auf eine neue Finanzvorschau verbindlich verständigen. Dabei müssen gesicherte Verfahren festgelegt werden, die für bereits beschlossene Ausgaben auch die entsprechenden Einnahmen zur Verfügung stellen. Zusätzliche Ausgaben werden auf die EG vor allem aufgrund der Osteuropahilfe und der unabwiesbaren Umweltschutzmaßnahmen zukommen.

Darüber hinaus müssen, so Bernhard Sälzer, konkrete Vorstellungen für die Erweiterung des Europäischen Parlaments in den nächsten 15 Jahren entwickelt werden. Dabei gelte es, verbindliche Kriterien zu entwickeln, nach denen Kommission, Parlament und Ministerrat Aufnahmege-suche beurteilen und gegebenenfalls über den Beitritt beschließen.

Bei allen diesen zentralen Fragen hat das Europäische Parlament die uneingeschränkte Mitentscheidung. Das Europäische Parlament muß die notwendigen Konsequenzen aus den Maastrichter Beschlüssen ziehen, die ihm eine erhebliche Kompetenzzuweisung sichert.

Straffung der Debatten

Der neugewählte Präsident des Europäischen Parlaments, Egon Klepsch, hat bereits angekündigt, daß er eine Änderung der Geschäftsordnung vorschlagen werde, die eine Straffung der Parlamentsdebatten zum Ziel hat, interessantere Schwerpunktdiskussionen zu besonders wichtigen Fragen ermöglichen soll und gleichzeitig die Voraussetzung für eine aktuelle Berichterstattung aus dem Europäischen Parlament verbessern soll.

Die Christdemokraten im Europäischen Parlament haben grundsätzlich einen Beitritt der britischen Konservativen zu einer Fraktionsgemeinschaft bejaht, bis Anfang April soll dieser Beitritt erfolgen. ■

Erfreuliche Entwicklung bei JU-Kreisverbänden in den fünf neuen Bundesländern

Nach den neuesten statistischen Unterlagen ist die Junge Union Deutschlands in den neuen Bundesländern in mehr als 100 Kreisverbänden aktiv. Spitzenreiter sei die JU im Bundesland Thüringen, die mittlerweile Aktivitäten in 26 Kreisverbänden nachweisen könne, so JU-Bundesgeschäftsführer Axel Wallrabenstein in Bonn.

Europäisches Parlament

Straßenbenutzungsgebühren für Lkws auch in Deutschland geplant

Der Verkehrsausschuß des Europäischen Parlaments hat sich mehrheitlich für die Einführung von Straßenbenutzungsgebühren in Form von Abonnements für Lkws auf deutschen Autobahnen und Schnellstraßen ausgesprochen.

Bei der Verabschiedung des Parlamentsberichts zur EG-Richtlinie zur Anlastung der Wegekosten an schwere Nutzfahrzeuge wurde damit erstmals die Einführung einer solchen Gebühr auch in Deutschland vom Europäischen Parlament befürwortet.

„Für die deutsche Position ist dies ein Durchbruch“, wertete der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe **Gerd Müller** die Entscheidung.

Neben einer Harmonisierung der Kfz- und Mineralölsteuer in den zwölf Mitgliedstaaten sieht der Vorschlag die Einführung eines zeitlich und nach Zonen gegliederten Abonnementsystems vor. Das vorgeschlagene Abonnement sei nicht diskriminierend, da es nicht als Preis für das Recht des Zugangs zum nationalen Hoheitsgebiet eines EG-Mitgliedstaates mißverstanden werden könne, sondern die Gebühr für die Bewertung einer Infrastruktur darstelle, erklärte Müller den Vorschlag.

Durch die zeitliche und räumliche Staffe- lung seien ausländische Benutzer, die einen begrenzten deutschen Autobahnabschnitt gelegentlich befahren gegenüber ständigen Nutzern aus dem Inland nicht benachteiligt und der Vorschlag damit

EG-konform. Jetzt komme es darauf an, daß der Europäische Gerichtshof und der Ministerrat endlich Klarheit schaffen und die eklatante Benachteiligung deutscher Transporteure auf den europäischen Straßen durch eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen beseitigen. Dies sei eine unabdingbare Voraussetzung für eine weitere Liberalisierung des Marktes. Derzeit zahle ein deutscher Fuhrunternehmer, neben Straßenbenutzungsgebühren im Ausland, den 4fachen Kfz-Steuer- satz wie beispielsweise ein Konkurrent aus den Niederlanden.

Es sei deshalb nicht verwunderlich, so Müller, daß die Marktposition deutscher Unternehmer immer schwieriger werde. Zugestimmt wurde auch der Forderung, die Besteuerung der Nutzfahrzeuge in der EG zukünftig stärker an den Schadstoff- und Lärmemissionen sowie dem Kraftstoffverbrauch zu orientieren.

Personalien

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat **Erwin Marschewski** zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Inneres (einschließlich Sport) und somit zum innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt.

★

Friedrich-Adolf Jahn (Münster) ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verfassung und somit verfassungspoliti- scher Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Anschnallpflicht auch für Kinder

Zu den Unfällen von mitfahrenden Kindern in Autos erklärten der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Abgeordneter Dirk Fischer (Hamburg), und der für die Verkehrssicherheit zuständige Abgeordnete Wolfgang Börnsen (Bönstrup):

Die Zahl der als Mitfahrer in Pkws verunglückten Kinder steigt deutlich von Jahr zu Jahr. Im Jahr 1990 wurden 13.890 Kinder in Pkws verletzt, 140 von ihnen wurden getötet. Über 40 Prozent aller Kinder unter 12 Jahren fahren nach Angaben der Bundesanstalt für das Straßenwesen ohne jegliche Sicherung im Auto mit, nur knapp 60 Prozent benutzen die Gurte. Bei den Kindern, die angeschnallt sind, werden 34 Prozent mit Erwachsenengurten gesichert.

Diese nicht optimale Art der Sicherung führt nach Auswertung zahlreicher Unfallberichte zu außerordentlich schweren Verletzungen bei Kindern, weil Erwachsenengurte nicht altersentsprechend für Kinder geeignet sind.

Obwohl § 21 Abs. 1 a der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) seit dem 1. Oktober 1988 vorschreibt, daß vorhandene

Anschnallgurte für Kinder genehmigt sein müssen und auch immer zu benutzen sind, bleibt festzustellen, daß diese Regelung noch keine allgemeine Anschnallpflicht für Kinder darstellt.

Der Ordnungsgeber hat erstmalig am 1. Januar 1976 auf die steigende Anzahl von Kinderunfällen in Pkws reagiert, als er vorschrieb, daß Kinder bis zum Alter von 12 Jahren grundsätzlich auf den Rücksitzen befördert werden müssen.

Eine sachgerechte Sicherung von Kindern bei der Mitnahme in Pkws vermindert die Unfallfolgen wesentlich (das Verletzungsrisiko ungesicherter Kinder ist 7mal höher als das gesicherter Kinder), aber trotz entsprechender Aufklärungsarbeit ist die Sicherungsquote der Kinder nach wie vor unbefriedigend. So waren nach der Erhebung der Bundesanstalt für das Straßenwesen für Juni 1991 in den alten Bundesländern innerorts 26 Prozent und auf Landstraßen 27 Prozent der Kinder auf Rücksitzen mit speziellen Kinderückhaltesystemen gesichert.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert den Ordnungsgeber auf, schnell einen umfassenden Insassenschutz für Kinder zu verwirklichen.

Zitat

Ich sage klipp und klar: Der Solidaritätszuschlag wird am 30. Juni 1992 wie versprochen enden. Mit ihren Vorschlägen zur Verlängerung des Solidaritätszuschlags gefährdet die SPD die Konjunktur und private Investitionen, die vor allem für den Aufschwung in den neuen Bundesländern benötigt werden.

Bundesfinanzminister Theo Waigel

Personalien

Die CDU-Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag hat einen neuen Vorsitzenden: Der 54jährige Diplomingenieur **Joachim Schmidt** aus Halsbrücke wurde zum Nachfolger von **Rolf Rau** gewählt. Als Stellvertreter stehen im künftig **Manfred Kolbe** aus Grimma und **Angelika Pfeiffer** aus Delitzsch zur Seite.

Mieter müssen wissen: Sparsamer Umgang mit Wasser lohnt sich

Zur Möglichkeit einer verbrauchsabhängigen Umlegung der Wasserkosten auf die Mieter erklärte die CDU-Bundstagsabgeordnete Gabriele Wiechatzek, Berichterstatterin im parlamentarischen Bauausschuß:

Da in den meisten Mietwohnungen keine technischen Voraussetzungen für die individuelle Verbrauchsmessung (Wasseruhren) vorhanden sind, fungieren derzeit entweder die Wohnfläche oder die Personenzahl als Verteilungsschlüssel zur Umlegung der Kosten für Wasserversorgung und Abwasser. Keiner dieser Umlegungsmaßstäbe vermag aber eine gerechte Verteilung der entstandenen Kosten zu erreichen.

Bei der Abrechnung nach Personenzahl ist oftmals streitig, wieviel Personen sich tatsächlich in der Mietwohnung aufhalten. Zudem differiert der individuelle Verbrauch zuweilen erheblich. Legt man die Wohnungsgröße zugrunde, ist zu fragen, warum ein Einzelmietler bei gleicher Wohnungsgröße den gleichen Kostenanteil tragen muß wie ein 4-Personen-Haushalt.

Die Folgen sind oftmals Streit über die ungerechte Aufteilung dieser Betriebskosten. Schlimmer noch: Da die sparsame Verwendung dem jeweiligen Mieter nicht unmittelbar zugute kommt, wird Wasser unbedacht verbraucht und dadurch eine der ökologisch wichtigsten Ressourcen der Verschwendung preisgegeben.

Vor diesem Hintergrund müssen alle Möglichkeiten einer Abrechnung, die auf den Verbraucher abhebt, also verbrauchsabhängig ist, ausgeschöpft werden. Die

Mieter müssen wissen, daß der sparsame Umgang mit Wasser lohnt!

Hierzu muß zweierlei passieren:

- Umgehend ist eine gesetzgeberische Verpflichtung zur verbrauchsabhängigen Abrechnung für alle Mietwohnungen zu schaffen, in denen bereits Wasseruhren installiert worden sind.
- Beim Neubau von Mietwohnungen muß der Einbau von Wasserzählern durch die Länder-Bauordnungen vorgeschrieben werden, wie dies beispielhaft in der Hamburger Bauordnung bereits erfolgt ist.

Ob auch der nachträgliche Einbau von Wasseruhren angesichts des Kostenauf-

Am Streit über die gerechte Aufteilung der Kosten darf es nicht scheitern.

wandes generell gefordert werden kann, muß verlässlich geprüft werden. Zumindest bei grundrenovierten Altbauten dürften angesichts der Gesamtkosten die Kosten für den Einbau einer Wasseruhr kaum ins Gewicht fallen.

Ich habe deshalb in der Sitzung des Bauausschusses für meine Fraktion erklärt, daß wir von der Bundesregierung entsprechende Initiativen für eine schnelle Umsetzung dieser Vorgaben erwarten. Gleichzeitig sollte in Zusammenarbeit mit den Ländern darüber nachgedacht werden, ob nicht Fördermittel für den nachträglichen Einbau von Wasseruhren bereitgestellt werden können, wie dies die Bundesregierung für Geräte zur Erfassung und Regulierung des Wärmeverbrauchs bereits getan hat. ■

Häusliche Pflege voller Erfolg

Seit Beginn dieses Jahres ist es für **Schwerpflegebedürftige leichter, Leistungen der häuslichen Pflegehilfe zu erhalten. Nach der neuen Regelung kann sie jetzt jeder in Anspruch nehmen, der 15 Jahre in der gesetzlichen Krankenversicherung Mitglied war.**

Für die Versicherten bedeutet das eine erhebliche Verbesserung, da die alte Regelung in vielen Fällen wesentlich höhere Vorversicherungszeiten forderte. So mußte z. B. bisher ein Schwerpflegebedürftiger, der 1930 ins Erwerbsleben eintrat und 1990 pflegebedürftig wurde, eine Vorversicherungszeit von 27 Jahren nachweisen. Heute genügen 15 Jahre.

Vor allem für Frauen wichtig.: Die Zeit der Ehe, in der ja viele Frauen nicht erwerbstätig sind, wird als Vorversicherungszeit anerkannt, wenn die Frau über ihren Mann in der gesetzlichen Krankenversicherung familienversichert war.

Die bislang vorliegenden Zahlen (für das 1. Halbjahr 1991) zeigen, daß die Pflege überwiegend in der Familie erbracht wird. Diese häusliche Pflege wird in den meisten Fällen von Angehörigen und Nachbarn selbst geleistet. So nahmen über 90 Prozent der Antragsteller das Pflegegeld in Anspruch, weniger als 10 Prozent entschieden sich für Pflegeeinsätze.

Seit Januar 1991 leisten die Krankenkassen Beihilfe zur häuslichen Pflege. Wird die Pflege durch die Angehörigen selbst erbracht, zahlt die Krankenkasse einen Betrag von 400 DM monatlich. Es ist aber auch möglich, monatlich bis zu 25 Pflegeeinsätze mit einem Gesamtaufwand von höchstens 750 DM zu erhalten. Darüber hinaus bezahlt die Krankenkasse eine Ersatzpflegekraft, wenn die pflegenden Angehörigen oder Nachbarn ihren Urlaub antreten wollen.

In den neuen Bundesländern war die Zahl der gestellten Anträge, bezogen auf die Zahl der Versicherten, höher als im übrigen Bundesgebiet. Hier haben sich noch mehr Schwerpflegebedürftige für die Geldleistung entschieden.

Bundesministerin **Gerda Hasselfeldt**: Die Inanspruchnahme der Leistungen zur häuslichen Pflege zeigt, daß wir damit die in den Familien vorhandene Bereitschaft stützen und erleichtern. Mit der Verkürzung der Vorversicherungszeit ermöglichen wir es, daß noch mehr Menschen weiter in ihrem gewohnten Lebensumfeld versorgt werden können.

Ausführliche Informationen über die Leistungen der häuslichen Pflegehilfe können beim Bundesministerium für Gesundheit, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 20 09 29, 5300 Bonn 2, angefordert werden. ■

Seminare zur Jugendverbandsarbeit

Der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. veranstaltet im Frühjahr drei Seminare in den neuen Bundesländern, die sich mit dem Aufbau von Jugendverbänden befassen. Folgende Termine stehen zur Verfügung: 6. bis 8. März: Magdeburg/Sachsen-Anhalt, 13. bis 15. März: Schloß Ohrdruf/Thüringen, 10. bis 12. April: Güstrow/Mecklenburg-Vorpommern. — **Informationen und Anmeldung bei: Frischluft e.V., Annabergerstraße 283, 5300 Bonn 2, Tel.: (02 28) 3 10 023, Fax: (02 28) 31 47 03.**

32. Landesparteitag in Mannheim

Erwin Teufel: Baden-Württemberg braucht eine starke CDU

Im Grußwort des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, stand es klipp und klar: „Bei der bevorstehenden Wahl am 5. April geht es darum, die Chancen Baden-Württembergs auch für die Zukunft zu sichern. Hierfür stehen Erwin Teufel und die CDU.“

Wenn man den 32. Landesparteitag der baden-württembergischen CDU am 25. Januar im Mannheimer Rosengarten in einem Satz zusammenfassen will, dann muß dieser Satz lauten: Mit einer großen Rede hat der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Erwin Teufel, genau das zum Ausdruck gebracht, nämlich die Stärke einer CDU, die auch nach der Landtagswahl am 5. April weiter ohne Koalitionspartner regieren will.

Erwin Teufel: Die CDU kämpft am 5. April um eine eigenständige Mehrheit. In Zeiten wie diesen braucht das Land eine klare politische Führung, eine stabile, solide Regierung, eine CDU-Regierung. Die CDU ist die Partei für schwierige Zeiten.

Und: In stürmischer Zeit wechselt man nicht die Mannschaft, sondern hält Kurs, das Ziel fest im Blick, man übergibt das Steuer nicht einem bunten Gemisch aus Grünen, Roten und, wer weiß, aus unberechenbaren Freidemokraten.

In stürmischer Zeit nicht wechseln, sondern Kurs halten — der Ministerpräsident beschrieb die „historisch außergewöhnliche Situation“, in der die Landtagswahlen stattfinden, mit fünf großen Herausforderungen, die die Bürger beun-

ruhigen und auf die sie Antworten erwarten:

- Aufbau der neuen Bundesländer
- Die Vereinigten Staaten von Europa bauen
- Den Ländern in Osteuropa helfen
- Die Armut bekämpfen und dabei den Mißbrauch des Asylrechts verhindern
- Wettbewerb mit Japan.

Positive Leistungsbilanz

Erwin Teufels Rede hat überzeugt. Es kann keinen Zweifel daran geben: Baden-Württemberg ist gut vorbereitet. Die Landesregierung hat keines der wichtigen Themen verschlafen, und mit seinem Ministerpräsidenten verfügt es über einen „erfahrenen, tüchtigen und couragierten Kapitän, der — so Manfred Rommel — das Schiff und das Gewässer kennt“.

Positiver als die von Baden-Württemberg kann keine Leistungsbilanz sein:

- die wenigsten Arbeitslosen in Deutschland
- Schaffung der meisten Arbeitsplätze in den letzten Jahren
- die höchsten Löhne unter allen Flächenstaaten der Bundesrepublik Deutschland
- das höchste Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung
- Exportland Nummer eins mit einem höheren Export als Schweiz, Schweden und Spanien

- die meisten Forschungsinstitute, Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien, verteilt auf das ganze Land
- die günstigste Lehrer-Schüler-Relation im Vergleich der Bundesländer und
- die meisten Erfindungen und Patente in der ganzen Bundesrepublik.

International betrachtet ist Baden-Württemberg ein anerkannter Partner und eine der bedeutendsten Hochtechnologie-Regionen der Welt.

Negativer und unzureichender als in Baden-Württemberg ist jedoch auch kein Angebot wie das der SPD im Land, die ihre alte Politik nur „sprachlich neu frisiert“ und wie gehabt „immer mehr Aufgaben und Ausgaben vom Staat“ fordert und die „Belastbarkeit der Wirtschaft“ testet.

So haben Experten errechnet, daß sich die Mehrkosten der SPD-Wahlversprechen alles in allem auf insgesamt etwa 5 Milliarden Mark pro Jahr belaufen.

Erwin Teufels Kommentar dazu: Eher kommt ein Kamel durchs Nadelöhr als die SPD zu einer vernünftigen Wirtschaftspolitik.

Sparsamer mit Geld umgehen

Das Markenzeichen der CDU dagegen: Solide Haushaltsführung. Erwin Teufel: Mit dem Geld der Steuerzahler muß man so sparsam umgehen wie mit eigenem Geld. Und Baden-Württemberg geht nach seinen Worten mit gutem Beispiel voran: Nach Bayern die geringste Verschuldung.

Sogar ohne eine Mark höherer Verschuldung konnten im Doppelhaushalt 1991/1992 statt 240 Millionen Mark für die neuen Bundesländer 1,4 Milliarden Mark aufgenommen werden.

Kommentar

Überzeugend

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß Ministerpräsident Teufel unbestrittener Spitzenkandidat der baden-württembergischen CDU ist, wäre er beim Parteitag in Mannheim erbracht worden. Teufel hat es in überzeugender Weise geschafft, aus dem Schatten seines Vorgängers Späth herauszutreten. Auf ihn konzentrieren sich die Hoffnungen auf Wahlsieg und Machterhalt.

aus: Stuttgarter Zeitung

300 Millionen Mark Steuermehreinnahmen für 1991 und ein Überschuß von 700 Millionen Mark nach Kassenabschluß für 1991 sollen der Kreditbegrenzung dienen.

Erwin Teufel: Das soll uns eine Regierung erst einmal nachmachen, vor einer schweren Wahl im Interesse der Geldwertstabilität Mehreinnahmen nicht auszugeben, sondern zum Schuldenabbau zu nutzen.

Um so ärgerlicher ist es für Baden-Württemberg — und an dieser Stelle gaben die Delegierten des Parteitags mit ihrem Beifall deutlich zu erkennen, daß der Ministerpräsident vielleicht den empfindlichsten Nerv getroffen hat — um so ärgerlicher ist es, daß durch die vier Ausgleichssysteme (Länderfinanzausgleich, Umsatzsteuerausgleich, Bundesergänzungszuweisungen und Strukturhilfe) am Ende eines Umverteilungsprozesses, in dem Baden-Württemberg allein im letzten Jahr 3,4 Milliarden Mark an andere Länder gezahlt hat, die Schwachen finanziell besser dastehen als die Starken.

Wenn in den nächsten Wochen vor der

Landtagswahl die ganze Toscana-Fraktion der SPD, von Engholm über Schröder bis Lafontaine, auf dem Weg in den Süden in Baden-Württemberg Station machen wird, um hier in den Wahlkampf einzugreifen, dann sollte ihr — so Teufel — deutlich gemacht werden: Sie könnten für diese Reise nicht einmal ihre Fahrkarten bezahlen, wenn sie nicht das Geld dafür aus unseren Mitteln des Finanzausgleichs erhielten.

Eigenständige Mehrheit

Als Erwin Teufel die Delegierten rhetorisch fragt, was denn in Baden-Württemberg besser würde durch eine Koalitionsregierung, kam er gar nicht zu seiner Antwort. Sie kam deutlich und vernehmlich aus dem Plenum: Nichts.

Deshalb noch einmal der dringende Appell des Ministerpräsidenten. Die eigenständige Mehrheit einer Partei erreichen, ist ein politischer Kraftakt. „Wir müssen alle Anhänger der CDU an die Wahlurne bringen. Wir brauchen jede Stimme.“

Nachdem Erwin Teufel mit dem letzten Satz seiner Rede das Motto des Parteitag aufgriff —

**Baden-Württemberg ist stark.
Baden-Württemberg muß stark
bleiben. Und deshalb brauchen wir
auch in Zukunft eine starke CDU!**

erhoben sich die Delegierten von ihren Plätzen und zollten dem Ministerpräsidenten einen fast nicht enden wollenden Beifall, der schließlich in ein rhythmisches Klatschen übergang und von lauten „Erwin-Erwin Rufen“ begleitet wurde.

Getreu dem schwäbischen Grundsatz „Schaffe, nicht schwätze“ versprach der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestags-

fraktion, Wolfgang Schäuble, sich nach der „großartigen Rede“ von Erwin Teufel kurz zu fassen.

Er griff den Gedanken des Ministerpräsidenten auf, daß gerade in Zeiten schnellen Wandels feste Grundsatzpositionen nötig sind, große Probleme aber auch großartige Gestaltungschancen einräumen.

Er würdigte insbesondere die gewaltige Leistung Baden-Württembergs für die neuen Bundesländer und forderte die Delegierten auf, aufzupassen, daß im Prozeß der Vergangenheitsbewältigung am Ende nicht die CDU die Verantwortung für den SED-Sozialismus tragen muß.

Auch Schäuble kritisierte mit scharfen Worten die Politik der SPD und ging dabei besonders mit Engholm ins Gericht, der sich in Schleswig-Holstein ebenfalls am 5. April den Wählern stellen muß.

Egal worum es geht — um den deutschen Beitrag bei der Friedenssicherung, um

Die Wahlplattform

der CDU Baden-Württemberg zur Landtagswahl am 5. April 1992 mit dem Titel „Erreichtes sichern, Zukunft gestalten — mit ganzer Kraft für unser Land“ wurde nach Annahme von Änderungsanträgen einstimmig beschlossen.

Mehrwertsteuer, Unternehmenssteuerreform oder das im Augenblick wichtigste Thema einer Grundgesetzänderung, um unser Asylrecht europatauglich zu machen — vor dem 5. April (so Schäuble) wird man Herrn Engholm nicht zumuten können, Farbe zu bekennen.

Dabei bestreitet auch Lafontaine nicht mehr die Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung, nur nicht vor dem 5. April. Und Schröder in Niedersachsen nimmt Rücksicht auf seine Koalition mit den Grünen.

Rühmliche Ausnahme: der Oberbürgermeister von Mannheim, Gerhard Widder (SPD), in seinem Grußwort, der davor warnte, die Glaubwürdigkeit zu verlieren, wenn ununterbrochen Probleme gelöst würden, aber in Wirklichkeit nichts geschieht. Als ein Wanderprediger in der eigenen Partei gab er unter Beifall der Delegierten zu verstehen, daß er auch vor einer Grundgesetzänderung, was das Asylrecht betrifft, nicht zurückschrecke.

Weiterhin keine grauen Haare

Wie jeder bis zum letzten Mann in der CDU Baden-Württembergs vertrat Wolfgang Schäuble die Notwendigkeit, für eine eigenständige Mehrheit zu kämpfen: Er habe sich bei dessen Rede Erwin Teufel genau angesehen und festgestellt, daß Teufel weniger graue Haare habe als er. Schäuble unter großem Beifall: „Ich hatte mehr mit Koalitionen zu tun. Erwin Teufel, ich wünsche Dir, daß Du auch weiterhin weniger graue Haare behältst.“

„Teuflich STARK“

Mit den drei Forderungen

- Politik muß menschlicher werden,
- Politik muß selbstlos sein und
- Politik muß Führung zeigen

hat die Junge Union Baden-Württembergs in einem eigenen Wahlauftritt ihre Überzeugung ausgedrückt, daß die Umsetzung der genannten Ziele im

Wir stehen vor einer neuen Lage

Aus der Rede von Oberbürgermeister Manfred Rommel

Wir müssen uns bemühen, deutlich zu machen, daß die Stimmabgabe bei der Wahl über das eigene Schicksal jedes einzelnen Bürgers mit entscheidet. Wer nicht wählt, unterstützt immer den, den er am wenigsten gewählt hätte. Wer jemand zum Possen wählt, wird sich selbst zum Narren halten.

★

Es kommt darauf an, darüber nachzudenken, was wir tun, wenn wir weniger Geld haben, als wir bislang angenommen hatten. Wir müssen Vorrangigkeiten und Nachrangigkeiten neu durchdenken, denn wir stehen vor einer neuen Lage.

★

In den kommenden Jahren wird vieles für immer festgelegt. Es ist eminent wichtig, daß richtig entschieden wird. Ich würde gerne einen so zuverlässigen, lebensklugen, erfahrenen und redlichen Mann an den Schalthebeln der Macht sehen wie Erwin Teufel.

Land nur dann erfolgen kann, wenn es weiterhin von der CDU regiert wird.

„Wir bitten deshalb die Wähler in Baden-Württemberg, bei der Landtagswahl am 5. April 1992 der CDU und Erwin Teufel die Stimme zu geben. Sie bieten damit auch der Jugend die besten Perspektiven. CDU und Junge Union werden sich bemühen, dem Vertrauen gerecht zu werden.“ ■

42. Landesparteitag in Andernach

Neubeginn mit Werner Langen

Einen personellen und inhaltlichen Neuanfang versuchte die CDU in Rheinland-Pfalz auf ihrem Landesparteitag am 25. Januar in Andernach am Rhein. Mit dem 42jährigen früheren Landwirtschaftsminister Werner Langen aus Müden an der Mosel wählte der Parteitag einen Landesvorsitzenden, von dem eine Überbrückung alter Gräben in der Landespartei und zugleich eine kräftige Opposition gegen die regierende SPD/FDP-Koalition im Lande erwartet werden.

Den Weg für einen personellen Neuanfang hatte der bisherige Landesvorsitzende Hans-Otto Wilhelm durch seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur freigemacht. Wilhelm zog damit aus monatelangen innerparteilichen Querelen nach der verlorenen Landtagswahl vom 21. April 1991 die Konsequenzen. Er bleibt als Vorsitzender der CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag weiterhin Oppositionsführer und einer der führenden Christdemokraten im Land.

In seinem Rechenschaftsbericht vor dem Landesparteitag mahnte er eine Fortsetzung der Strukturreform der Landespartei an. Die CDU müsse besonders bei Frauen und jungen Leuten verlorenes Vertrauen zurückgewinnen, so das Vermächtnis von Wilhelm. Der Parteitag dankte ihm dafür stehend mit Beifall.

Die von Wilhelm vorgeschlagene neue Führungsmannschaft der rheinland-pfälzischen CDU umfaßt neben dem Vorsitzenden Werner Langen als stellvertretende Vorsitzende die Bundestagsabgeordnete Maria Böhmer, Frankenthal, und den Landtagsabgeordneten Christoph Böhr, Trier, einen früheren Bundesvorsit-

zenden der Jungen Union. Zum neuen Schatzmeister der Landespartei wurde Prof. Rüdiger Sterzenbach, Kreisvorsitzender von Neuwied, gewählt. Auch bei der Wahl der insgesamt 15 Beisitzer gab es mit sechs neuen Frauen und Männern eine kräftige Verjüngung.

Werner Langen bezeichnete in seiner Grundsatzrede vor dem Parteitag das neue Amt als Herausforderung und Bürde zugleich. Die Rheinland-Pfalz-CDU müsse durch Solidarität, Loyalität und die konsequente Verfolgung gemeinsamer Ziele und Werte zu alter Stärke zurückfinden. Niemand in der Parteiführung dürfe sich, so Langen, selbst wichtiger nehmen als die gemeinsam zu tragende politische Überzeugung.

Es sei an der Zeit, miteinander und nicht gegeneinander für das Ziel zu kämpfen, bei der nächsten Landtagswahl die SPDgeführte Landesregierung in Mainz wieder abzulösen. Mit dieser Regierung werde es keinen „Schmusekurs“ geben, versprach der neue Landesvorsitzende den Parteitagsdelegierten. Mit über 93 Prozent der Stimmen statteten sie Werner Langen mit einem großen Vertrauensvotum für seine schwierige Aufgabe aus.

Durch seine Rede unterstrich der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, die Bedeutung des Andernacher Parteitages für seinen heimischen Landesverband. Kohl ermahnte die Delegierten, nach dem Schock der Landtagswahl nun nicht zu resignieren, sondern gemeinsam anzupacken und nach vorne zu gehen. Helmut Kohl unter großem Beifall: Klare und prinzipienfeste Positionen sind notwendig, um die Mehrheitsfähigkeit zurückzugewinnen. ■

Neue Faltsblattserie

Auf die bisherigen zehn guten Jahre dank der CDU-Politik unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl weisen acht Faltsblätter in Einzelthemen hin:

- Deutsche Einheit (Bestell-Nr.: 2465)
- Frieden und Freiheit (Bestell-Nr.: 2463)
- Europa (Bestell-Nr.: 2464)
- Wirtschaft (Bestell-Nr.: 2458)
- Arbeit (Bestell-Nr.: 2459)
- Umwelt (Bestell-Nr.: 2461)
- Rente (Bestell-Nr.: 2462)
- Familie (erscheint später)
(Bestell-Nr.: 2460)

Verpackungseinheit: 50 Exemplare
Preis je Verpackungseinheit: 8,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold



Preis: 0,20 DM

CDU
BILANZ
1982-1992
POLITIK FÜR
DIE ZUKUNFT

DEUTSCHE
EINHEIT

FRIEDEN
FREIHEIT

EUROPA

WIRTSCHAFT

ARBEIT

UMWELT

FAMILIE
ersch. später

RENTE

Neu: Aufkleber

Zur Aktion „Wir sind eine Welt“ gibt es auch ein Plakat und eine Broschüre. Bestellungen an:

Junge Union Deutschlands
Annaberger Straße 283
5300 Bonn 2

Telefon (0228) 31 00 11

Fax (0228) 38 45 20

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Kommentar: Sie wollen gar nicht

Entslossen, wie es sonst nicht ihre Art ist, lüften die Spitzen der SPD das in der Öffentlichkeit noch immer verborgene Geheimnis, wie sie ihre Partei zur Regierungsfähigkeit zurückführen wollen. Sie wollen gar nicht. Erst durch ihr beherztes Gegeneinander in den vergangenen Wochen in allen Fragen der großen und kleinen Politik wird deutlich, daß die „schmucke Garde“ der Ministerpräsidenten mit ihrem SPD-Parteibuch schon am Ziel ihrer Träume ist.

Deshalb sind ihre Attacken aufeinander in der Kandidatenfrage, beim Asylkonflikt, bei der Mehrwertsteuererhöhung und jetzt auch beim ewigen Streitthema Arbeitszeit nur allzu konsequent, wenn es darum geht, Kanzler Kohl mit seiner Regierungswut sich selbst zu überlassen. So zielen die Versuche der führenden Sozialdemokraten, Schlagzeilen zu machen, nicht auf Alternativen zum

Regierungskurs, sondern erschöpfen sich auf Vorstöße, einander in die Parade zu fahren.

Noch vorn liegt in diesem kandidatenmordenden Wettbewerb der in Niedersachsen regierende Enkel Schröder, der sich nach Asyl- und Steuer-Alleingängen bald ein neues Reizthema ausdenken muß, um seine Führung gegen den Fraktionschef Klose zu behaupten. Dieser will die Extratouren gewinnen, indem er sein Urteil über den Kandidaten und die Gewerkschaften beim politischen Gegner abschreibt. Lafontaine sucht jetzt Anschluß mit einem gelungenen Salto mortale in der Steuerpolitik und leiht sich bei Waigel eine „neue Lage“ aus. Nur Parteichef Engholm verhält sich neutral und mischt sich nicht mal mehr in seine eigenen Angelegenheiten.

(aus: Frankfurter Rundschau)

UID

3/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421, Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 52,— DM, Einzelpreis 1,50 DM, Herstellung:  Ver-einigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.